

Kampfansage an alle, die sich für alternativlos halten

Zehn Jahre AfD – die Medien malen den Teufel an die Wand.
Wir ziehen eine nüchterne Bilanz und wagen eine Prognose.

Philipp Gut

Zehn Jahre Alternative für Deutschland – das war auch in der deutschen Presse ein Ereignis. Sie würde die in Rekordzeit aufgestiegene Partei zwar am liebsten ignorieren, wie das die öffentlich-rechtlichen Sender ARD und ZDF bis auf den heutigen Tag in ihren Talkshows praktizieren. Aber das Jubiläum verschweigen, das ging dann doch nicht; also hagelte es verbale Prügel. Für die *Frankfurter Rundschau* ist der Aufstieg der AfD so etwas wie ein Betriebsunfall des politischen Systems: «Wie konnte das geschehen?», fragt sie händeringend.

Antworten sucht sie – schon das spricht Bände – bei einem «Rechtsextremismus-Forscher». Für ihn ist die AfD ein «Monster» und ein «politischer Zombie, der immer wieder aufsteht». Die *Rundschau* riskiert sogar auf eigene Verantwortung die Formulierung, die FPÖ in Österreich sei «für die deutsche AfD so etwas wie Mussolini für Hitler: ein Vorbild und frühes Idol». Na ja.

Nazikeule hinter jeder Zeile

Die deutschen Medien tun sich nach wie vor schwer mit der AfD. Für die *Süddeutsche Zeitung* lebt die Partei in einer «Parallelwelt». Das Leitblatt des linksliberalen Justemilieu urteilt hochnäsiger, inzwischen hätten bei der AfD «Rechtsextreme und Proleten das Sagen», wohl eine Anspielung auf Parteichef Tino Chrupalla, einen Maler- und Lackierermeister. Dabei kann der Redaktion nicht entgangen sein, dass sie nicht nur die Parteiprominenten, sondern auch die Wählerinnen und Wähler beleidigt. Wie die *Frankfurter Rundschau* treibt die *Süddeutsche* die Frage um, wie es «so weit» habe kommen können.

Das journalistische Strickmuster wiederholt sich: Statt mit jenen zu reden, die bei der AfD am Ruder sind und ihren aktuellen Kurs bestimmen, pilgern die Journalisten zu Ehemaligen wie Bernd Lucke oder Jörg Meuthen, die ihr Narrativ bestätigen, die AfD sei auf einem rechts-extremen Kamikaze-Trip. «Die AfD erinnert an ihre Gründung vor zehn Jahren – nicht aber an die Gründer, die fast alle ausgestiegen sind», lautet das Fazit der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. Die *Frankfurter Rundschau* spricht von «Elefan-

ten im Raum». Und der *Spiegel* aus Hamburg haut in dieselbe Kerbe und vermisst eine «ganze Reihe geschasster Ex-Parteipromis». Rührend, wie sich die vereinte deutsche Presse da in nachgetragener Liebe übt – als ob sie die AfD nicht schon immer frontal bekämpft hätte.

Es ist, als hätten sich die Redaktionen der konkurrierenden Verlage abgesprochen. Die *Zunft* ist sich einig: «Immer weiter nach rechts», titelt die *Welt am Sonntag* und zitiert einen Politikwissenschaftler, der eine «Hinwendung zum Rechtsextremismus» feststellt. Der *Spiegel* wiederum echot, die AfD betreibe eine «Weißwäsche im Schleudergang», an deren Ende eine ««rein» rechtsextreme» Partei stehe. Die Nazikeule wartet hinter jeder Zeile, bei der *Tageszeitung* aus Berlin saust sie schon im Titel nieder: «Von Blau zu Braun». Die AfD sei «immer weiter nach rechts aussen» gerückt, habe einen «Nährboden für Hass» geschaffen und «Rechtsextremen wie Björn Höcke» die Tür geöffnet.

Und übrigens: Die *Tageszeitung* hatte denselben originellen Einfall wie alle anderen, auch sie suchte mit dem pensionierten Journalisten Konrad Adam einen Ehemaligen auf, der auf Distanz zur AfD von heute geht. *Copy and paste* von der linken *Tageszeitung* bis zur konservativen *Frankfurter Allgemeinen*. Das gemeinsame Feindbild schweisst klassenübergreifend zusammen, die Alternative für Deutschland wird diskussionslos in der Extremisten-Ecke parkiert.

Die Anti-AfD-Allianz reicht über die Medien hinaus: Auch die anderen Parteien überbieten sich in Abgrenzungsritualen. Die CDU verbot 2018 die Zusammenarbeit mit der AfD, Parteichef Friedrich Merz errichtet eine «Brandmauer» zu den Alternativen. Das deckt sich mit der Aversion der SPD. «Die AfD ist und bleibt eine Gefahr für unsere Demokratie, denn ihr Ziel ist es, unsere Demokratie zu zersetzen», warnt eine sozialdemokratische Funktionärin in der *Saarbrücker Zeitung*. Mit «diesen Demokratiefeinden» werde es niemals eine Zusammenarbeit geben. Diese Ansicht teilten auch die linken Demonstranten, die am Parteigeburtsfest am 6. Februar 2023 im hessischen Königstein aufkrenzten und «Nazis raus!» skandierten.

Wie wär's mit etwas weniger Polemik, dafür mit etwas mehr Information? Nach so viel geballter Ablehnung bleibt die Frage offen, was denn die AfD, nüchtern betrachtet, in den kurzen zehn Jahren ihres Bestehens erreicht hat.

Fest steht: Die Alternative für Deutschland hat sich im Nu als politische Kraft etabliert. Am vergangenen Wochenende legte sie bei den Wahlen im notorisch linken Berlin um 1,1 auf 9,1 Prozent zu. Im Bundestag ist sie mit 78 Sitzen vertreten, bei einem Wähleranteil von gut 10 Prozent. Bei den vorletzten Wahlen 2017 kam sie aus dem Nichts auf 12,6 Prozent. Damit steht sie für die erfolgreichste Parteigründung seit den Grü-



Willkommener Demokratisierungsschub:

nen. Darüber hinaus sitzt sie mit Ausnahme von Schleswig-Holstein in sämtlichen sechzehn Länderparlamenten. Glaubt man den jüngsten Umfragen, hält der Aufwärtstrend an. Die Zustimmungswerte schwanken zwischen 12 und 15 Prozent. Das ist umso bemerkenswerter, als die AfD lediglich knapp 30 000 Mitglieder hat – in einem 80-Millionen-Staat eine überschaubare Zahl.

Merkels Foul

Besonders stark ist die AfD im ehemaligen Ostdeutschland. Im September 2019 erreichte sie in Sachsen einen Wähleranteil von 27,5 Prozent. Damit ist sie hinter der CDU die zweitstärkste Partei, Lichtjahre vor der Linken (10,4), den Grünen (8,6) und der SPD (7,7). In Brandenburg (23,5) und Thüringen (23,4 Prozent) weisst die AfD knapp einen Viertel der Wählerinnen und Wähler hinter sich. In Sachsen-Anhalt erreichte sie bei den Landtagswahlen 2021 einen Anteil von 20,8 Prozent, ein Fünftel wählt also auch dort die Alternative. In Mecklenburg-Vorpommern waren es immerhin noch 16,7 Prozent, nachdem es fünf Jahre zuvor noch leicht über 20 Prozent gewesen waren.

Der Westen ist für die AfD ein härteres Pflaster. Bei den jüngsten Landtagswahlen 2022 fiel sie in Schleswig-Holstein aus dem Parlament, im Saarland und in Nordrhein-Westfalen erreichte

sie die Fraktionsstärke nur knapp. Besser schnitt sie in Niedersachsen mit 11 Prozent ab.

Wie schwer sich das Polit-Establishment mit dem steilen Aufstieg der AfD insbesondere im Osten Deutschlands tut, zeigen die kuriosen Vorfälle um die Ministerpräsidentenwahl in Thüringen vom 5. März 2020. Gewählt wurde der FDP-Mann Thomas Kemmerich mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD. Damit verhinderten die Bürgerlichen die Wahl von Bodo Ramelow (Die Linke). Das demokratische Ergebnis sorgte für wütende Proteste und eine einzigartige Intervention der Bundesregierung. CDU-Kanzlerin Angela Merkel forderte das Thüringer Landesparlament auf, die Wahl rückgängig zu machen. Nach drei Tagen beugte sich Kemmerich dem Druck und trat zurück.

Fast zweieinhalb Jahre später taxierte das Bundesverfassungsgericht das merkelsche Powerplay als verfassungswidrig. Die Kanzlerin habe damit das Recht der AfD auf Chancengleichheit (Artikel 21 Grundgesetz) verletzt. Die Episode ist nicht ohne Ironie: Verhielten sich doch die ausser Rand und Band geratenen AfD-Gegner, bis hinauf zur Bundeskanzlerin, so, wie sie es den Alternativen seit Jahr und Tag vorwerfen: verfassungswidrig, wutbürgerlich.

Gleichzeitig hat das Verwaltungsgericht Köln entschieden, dass die AfD vom Bundesamt für Verfassungsschutz als «Verdachtsfall» eingestuft

und nachrichtendienstlich beobachtet werden dürfe. Die *Neue Zürcher Zeitung* hat die AfD einen «Fiebermesser der deutschen Krisen» genannt. In diesem Lichte könnte der Verdachtsfall AfD den Verdacht nähren, dass es auch hier weniger um handfeste verfassungsfeindliche Umtriebe

In der Demokratie sind die Wählerinnen und Wähler die Chefs, nicht die Politiker.

geht – wo denn, bitte schön? –, sondern vielmehr um ein Problem der deutschen Behörden mit dem Parvenu, den sie als Paria abstempeln.

Zu einer differenzierten Bilanz gehört die Feststellung, dass die AfD kein homogener Block ist. Wie in neuen Parteien üblich, war sie noch bis vor kurzem von innerparteilichen Kämpfen und Zerwürfnissen geplagt. Verbale Entgleisungen wie diejenigen eines Björn Höcke, der das Berliner Holocaust-Mahnmal als «Denkmal der Schande» bezeichnete, oder eines Alexander Gauland («Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss in über tausend Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte») sind in ihrer bewussten Zweideutigkeit und Verharmlosung deutscher Verbrechen das Letzte, was die AfD braucht, um sich vom Schandpfahl zu lösen, an den sie in 99 von 100 Fällen zu Unrecht gekettet wird. Parteichefin Alice Weidel traf in ihrer Rede zur Feierstunde «10 Jahre AfD» den richtigen Ton: Die deutsche Geschichte habe «finstere und leuchtende Kapitel»: «Wir müssen uns von den positiven inspirieren lassen, ohne die furchtbaren Dinge zu verdrängen.»

«Entspannt euch»

Weidels Selbstbeschreibung der Alternative ist zugleich eine Kampfansage an diejenigen, die sich für alternativlos halten: «Wir sind der Stachel im Fleisch der Etablierten, und sie werden uns nicht mehr los, auch wenn sie uns noch so unfair und undemokratisch diffamieren und ausgrenzen.» Über kurz oder lang werde die AfD Regierungsverantwortung übernehmen. Co-Parteichef Tino Chrupalla doppelte nach: «In nicht allzu ferner Zukunft werden wir auch regieren, zuerst in einem Bundesland im Osten, dann im Westen und schliesslich im Bund.»

Die nächsten Chancen dazu bieten die Landtagswahlen 2024 in Sachsen, Thüringen und Brandenburg, wo die AfD die Umfragen teilweise anführt. Als Koalitionspartner käme die CDU in Frage. «Entspannt euch», möchte man den Nachbarn im Norden zurufen. Denn auch wenn es dem obrigkeitlich geprägten deutschen Denken widersprechen mag: In der Demokratie sind die Wählerinnen und Wähler die Chefs, nicht die Politiker. So gesehen, könnte eine Regierungsbeteiligung der AfD allen Unkenrufen zum Trotz einen willkommenen Demokratisierungsschub in Deutschland bringen.



AfD-Fraktionsvorsitzende Weidel.